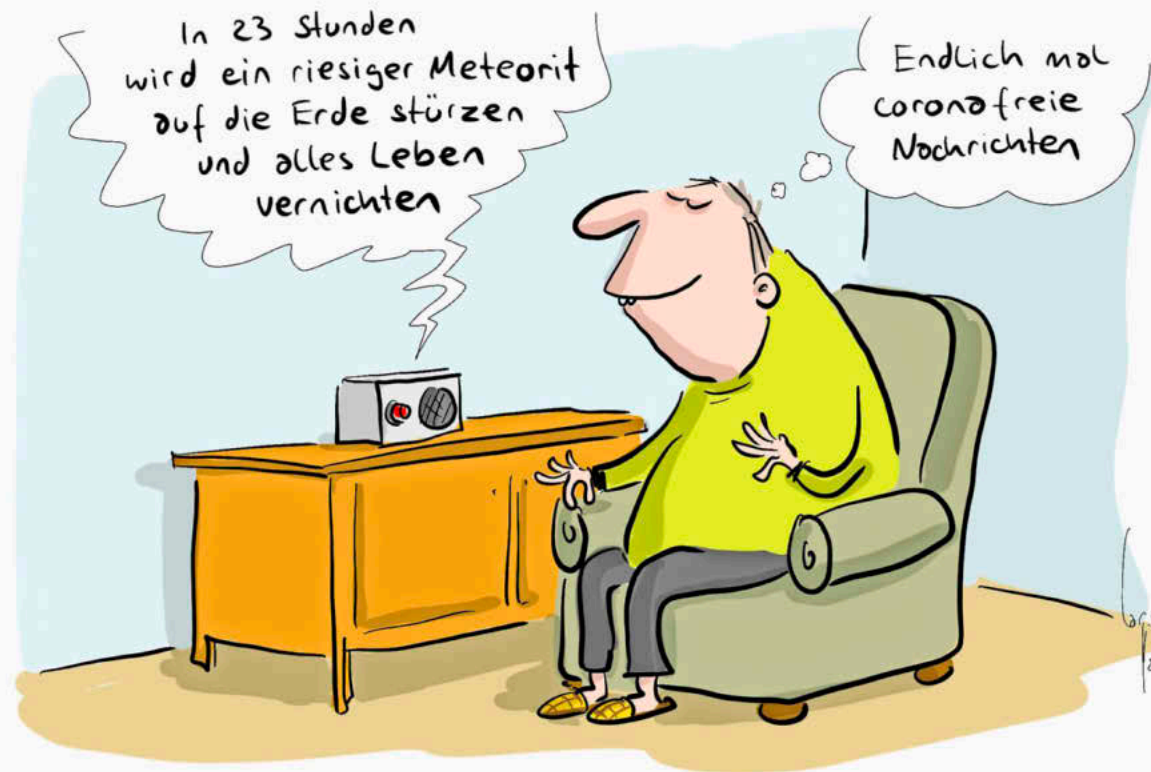


Rechtliche Schritte gegen Astra-Zeneca

BRÜSSEL. Im Streit über ausbleibende Impfstofflieferungen hat die EU-Kommission rechtliche Schritte gegen den Hersteller Astra-Zeneca eingeleitet. Man habe das Verfahren vor einem belgischen Gericht auch im Namen der 27 Mitgliedsstaaten gestartet, teilte ein Kommissionssprecher mit. Der britisch-schwedische Hersteller hatte die Lieferungen von Corona-Impfstoff an die Europäische Union in den vergangenen Monaten immer wieder einseitig drastisch gekürzt. Im ersten Quartal gingen nur 30 Millionen statt 120 Millionen Impfdosen an die 27 Staaten. Für das zweite Quartal werden nach jüngsten Angaben 70 Millionen Dosen erwartet. Ursprünglich waren 180 Millionen vereinbart. Aus Sicht der EU-Kommission verstößt der Hersteller damit gegen einen EU-Rahmenvertrag. *dpa*



»Eine Kuschelaufsicht für die Banken«

Gerhard Schick: Finanzexperte zieht positive Bilanz des Wirecard-Untersuchungsausschusses

Von unserem Korrespondenten
STEFAN VETTER

BERLIN. Eine Kanzlerin und drei Bundesminister, darunter auch SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz, mussten sich in dieser Woche im Wirecard-Untersuchungsausschuss »grillen« lassen. Im Mittelpunkt der finalen Anhörung



stand die politische Verantwortung für den milliardenschweren Betrugsskandal des pleitegegangenen Zahlungsdienstleisters. Für den Vorstand der »Bürgerbewegung Finanzwende« und früheren Bundestagsabgeordneten der Grünen, Gerhard Schick (Foto: Christoph Soedel/dpa), hat sich die Aufklärungsarbeit gelohnt. Mit ihm sprach unsere Berliner Redaktion.

Herr Schick, mehr Polit-Promi-Auflauf geht nicht. Sind sie jetzt klüger geworden?

Ja. Dieser Ausschuss ist extrem erfolgreich gewesen. Seine Arbeit hat dazu geführt, dass bei drei Aufsichtsbehörden die Leitungspersonen zurücktreten mussten. Wir haben gelernt, dass Leute, die für Wirecard verantwortlich waren, mit Aktien von Wirecard spekuliert haben, also auf ihren privaten Vorteil aus waren. Wir haben gelernt, wie stark der Lobbyismus ist. Wirecard hat es geschafft, das politische Berlin für sich einzuspannen. Und wir haben erneut gelernt, wie schwach die Wirtschaftsprüfer und die Finanzaufsicht sind.

Wirklich in Bedrängnis kam aber kein Regierungsmitglied im Ausschuss. Woran lag das?

Das lag daran, dass die unmittelbar mit der Kontrolle befassten Leute nicht die Minister selber sind. Gleichwohl sind große Schwächen in deren Arbeitsbereichen zutage getreten. Die Wirtschaftsprüfer unter Herrn Altmaier genauso wie die Finanzaufsicht unter Herrn Scholz. Die Verantwortung der Minister ist sehr deutlich geworden.

Für die SPD ist der Fall Wirecard ein Wirtschaftsprüfer-Skandal. Für Sie auch?

Es ist noch mehr. Die Kontroll- und Qualitätssicherungsmechanismen durch staatliche Aufsichtsbehörden wie die Apas haben überhaupt nicht funktioniert. Die Fehler, die bei den Wirtschaftsprüfern schon in der Finanzkrise 2008 gegenüber den Banken zu sehen waren, konnten sich wiederholen, weil es einmal mehr politisch ignoriert wurde, die Wirtschaftsprüfer-Branche neu aufzustellen. Aber Scholz lenkt natürlich auch gerne von seiner Verantwortung ab.

Die Verantwortung der Minister ist sehr deutlich geworden.

Gerhard Schick, Finanzexperte

Finanzminister Scholz hat aber bereits eine Reform der Aufsicht angeschoben und Personal bei der Kontrollbehörde BaFin ausgetauscht...

Ja, aber das reicht nicht aus. Der Personalaustausch fand auch nicht statt, als der Skandal öffentlich wurde, sondern erst, als der Untersuchungsausschuss nachgelegt



Wirecard hat es geschafft, das politische Berlin für sich einzuspannen.

Gerhard Schick, Finanzexperte

hat. Scholz war also ein Getriebener und kein Treiber, wie er es gern darstellt. Und was die geplante Reform angeht, so fehlen ganz entscheidende Elemente. Zum Beispiel ist der Anleger- und Verbraucherschutz immer noch eine Unterabteilung bei der Wertpapieraufsicht, anstatt die Strukturen so auszurichten, dass das Geld der Anleger besser geschützt ist. Es bleibt wohl bei einer Kuschelaufsicht für Banken, Fonds und Versicherungen.

2019 hatte die Kanzlerin bei einer China-Reise noch für Wirecard geworben, als die Zweifelhaftigkeit der Bilanzen schon offenkundig war. Ist es glaubwürdig,

dass Merkel davon nichts gewusst hat?

Ich glaube ihr das sogar. Aber sie hat das Kanzleramt auch nicht so aufgestellt, dass sie so etwas erfahren würde. Das Schlimme an ihrem Haus ist ja, dass die Unterstützung für Wirecard auch dadurch erkauf werden konnte, dass man den ehemaligen Minister zu Gutenberg als Lobbyisten engagierte. Mehr als 62 Millionen Euro hat sich Wirecard den Lobbyismus insgesamt kosten lassen. Damit hat man es geschafft, die Regierungschefin von Deutschland für sich einzukaufen. Das ist der Skandal hinter dem Wirecard-Skandal.

In den Büchern von Wirecard haben am Ende 1,9 Milliarden Euro gefehlt. Müssen nur genug hohe Summen im Spiel sein, um von den Kontrollbehörden gnädiger behandelt zu werden?

Da ist was dran. Die Bereitschaft von Politik und Aufsichtsbehörden, Wirecard zu schützen, war damit verbunden, dass man geträumt hat, da sei ein neuer IT-Gigant in Aschheim bei München entstanden. Diesen Traum hätte eine kleine Firma nie so ausgelöst. Die Aufsicht hat sich von Wirecard einlullen lassen, anstatt auf Risiken zu achten.

Wir haben gelernt, wie stark der Lobbyismus ist.

Gerhard Schick, Finanzexperte

Kann sich ein Skandal wie bei Wirecard wiederholen?

Wenn es nicht gelingt, nach diesem Skandal, noch umfassendere Konsequenzen zu ziehen, dann ist der nächste Skandal dieser Art programmiert.

KOMMENTAR

Ein Hoch auf die Praxisteams

Martin Schwarzkopf über sinnvolle Impf-Beschleuniger



Wieder ein Gipfel, wieder soll Handlungsstärke demonstriert werden. Keine Frage, es kann nichts schaden, wenn sich die Kanzlerin und die Länderchefs an diesem Montag über die Fortsetzung der Covid-19-Impfungen und den Umgang mit Geimpften ausgetauscht haben. Wie bei der gesamten Pandemiebekämpfung gilt aber auch hier: Die Politik auf Bundes- und Landesebene sollte ihre eigenen Möglichkeiten und ihre Wirksamkeit nicht überschätzen. Ob die Impfungen tatsächlich zu der »einzigen wirksamen Langzeitstrategie« werden, von der der bayerische Ministerpräsident Markus Söder seit Monaten spricht, entscheidet sich nicht in den virtuellen und tatsächlichen Zusammenkünften von Spitzenpolitikern, sondern bei der Umsetzung in den Dörfern, Städten und Kreisen. Bei ihrer wesentlichen Aufgabe, dem Beschaffen von wirksamen Impfstoffen in ausreichendem Umfang, haben die Spitzen von Europäischer Union und staatlichen Instanzen ohnehin schon knackig versagt – und damit den Start der Impfkampagne versemelt. Ja, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hatte Engpässe in den ersten Monaten immer angekündigt. Trotzdem hätten er und alle anderen Beteiligten in der großen Politik vieles besser machen können (und müssen).

Aus Fehlern lernen

Jetzt, in dieser Phase der Vorbeugung gegen Sars-CoV-2-Infektionen, ist es wichtig, aus diesen Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Impfstoffe gegebenenfalls auch über den augenscheinlichen Bedarf hinaus zu ordern, bleibt wichtig. Und: Es ist die staatliche Aufgabe Nummer eins, alle bürokratischen Barrieren abzuräumen, die dazu beitragen, dass diejenigen, die geimpft werden wollen, nicht schnellstmöglich geimpft werden können.

Dazu gehört neben anderem, die Arbeitsteilung zwischen Impfpunkten und niedergelassenen

senen Ärzten immer wieder neu zu justieren. Gemeinsam können die neu aufgebaute Struktur (die Impfpunkten) und die bewährten Säulen unseres ambulanten Gesundheitswesens (die Arztpraxen) viel leisten – wenn klar ist, wer für was zuständig ist und die erstickende Bürokratie endlich auf ein absolut nötiges Maß reduziert wird.

Gewachsenes Netz

Es ist das gewachsene Versorgungsnetz mit Haus- und Fachärzten, das die besondere Qualität der medizinischen Versorgung hierzulande zu wesentlichen Teilen trägt – im Normalbetrieb und im pandemischen Ausnahmezustand. Dabei leisten nicht nur die Praxisteams im Alltag oft Großartiges. Es sind die vielen Tausend medizinischen Fachangestellten in den Praxen, die das System mit ihrem Engagement und ihren guten Nerven am Laufen halten – und das für Gehälter, die oft immer noch zu niedrig sind.

Diese Praxisteams werden es sein, die in den kommenden Wochen den Impf-Turbo zünden können. Weil sie die organisatorische Mammutaufgabe vor sich haben, alle Impfwillingen schnellstmöglich durch die Praxen zu schleusen. Man muss sie aber auch lassen, das heißt: Sie brauchen endlich mehr Impfstoff, und sie brauchen keinen Papierkrieg, der über das normale Maß hinaus geht, weil niemand schlüssig erklären kann, warum bei einer Covid-19-Impfung mehr Schreibkram nötig sein sollte als bei einer Tetanus- oder Grippe-Impfung.

Die Studienlage zur Wirksamkeit der Impfstoffe ist bei überschaubaren Risiken bislang ermutigend – selbst wenn es gegen aktuelle und zu erwartende Virusvarianten geht. Wenn weitere sichere Impfstoffe in den kommenden Wochen dazukommen sollten – etwa vom mRNA-Pionier Curevac aus Tübingen – wird dies erneut zu Beschleunigungseffekten führen. Das Ziel, im Sommer allen Impfwillingen ein Angebot zu machen, ist noch zu erreichen – es wäre ein Meilenstein im Kampf gegen die Pandemie.

Ihre Meinung zum Thema:
[lesermeinung@main-echo.de](https://www.lesermeinung@main-echo.de)

Der steinige Weg zur Zukunft

Stefan Reis zur Digitalisierung Deutschlands



Wegbegleiter: Die Zahl der Publikationen zum Thema ist übersichtlich.

Zugegeben: Das Forum ist ein Gremium von Fach- und Sachverständigen. Das bedeutet nicht, dass deren Diskussion im Elfenbeinturm der Gelehrten stattfinden muss. Im Gegenteil: Um in die Zukunft zu gehen, muss die Gesellschaft verstehen, mit welchen Mitteln sie am besten vorankommt. Die Route nur mit Schlagwörtern zu plakatieren, räumt keine Hindernisse aus dem Weg. Erst wenn die Ausrüstung stimmt, wird die Schrittfolge behänder.

Das Deutschland den Weg in die Zukunft einschlägt, bedeutet in der digitalen Welt eher einen schmalen Pfad: Gerade mal 159 Treffer finden sich zum Beispiel bei Google unter der Eingabe »Hightech-Forum Bundesregierung 2021«. In der Tat warben die Bundesregierung und ihr Beratungsgremium zum Umsetzen der Hightech-Strategie 2025 nicht gerade heftig um möglichst viele

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21/39 60, Telefax 0 60 21/39 64 99, www.main-echo.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Marco Eisert;
Chefredaktion: Martin Schwarzkopf, Torsten Maier (stv.), Stefan Reis (stv.); **Chefreporter:** Claus Morhart, Georg Kümmerl;
Deskchefin Print: Andrea Jost; **Deskchef Digital:** Marcel Cichon;
Redaktion Aschaffenburg/Alzenau/Dieburg: Jens Raab, Peter Freudenberger (Itd. Redakteur), Michael Müller (Erster Autor Alzenau & Kahlgrund);
Redaktion Main-Spessart/Main-Tauber: Lena Schwaiger, Boris Dauber (Erster Autor Main-Spessart), Gunter Fritsch (Erster Autor Main-Tauber);
Redaktion Kreis Miltenberg: Renate Ries;
Mantelredaktion: Stefan Reis, Torsten Maier; **Sportredaktion:** Manfred Weiß;
Technik und Organisation: Bernd Klebing;
Verantwortlich für Anzeigen: Christoph Nitsche

Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 67 vom 1. 1. 2021. Bezugspreis bei Trägerzustellung 40,10 Euro, bei Postzustellung 43,50 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich mit Unterschrift an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.

Wir freuen uns über Leserbrief. Je kürzer sie sind, desto wahrscheinlicher ist ihre Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Wir brauchen stets Ihre komplette Adresse und Telefonnummer, veröffentlichten aber nur Name und Wohnort.

Unsere Adresse: [lesermeinung@main-echo.de](https://www.lesermeinung@main-echo.de)
Für die Übernahme von Artikeln in elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30/28 49 30.

Laschet, Baerbock, Scholz – noch sind sie ein Rätsel

Gebärdensprache: Die Namen der drei Kanzlerkandidaten stellen Gehörlose vor eine besondere Herausforderung

Von unserem Korrespondenten
HAGEN STRAUSS

BERLIN. Als Angela Merkel (CDU) die politische Bühne betrat und dann Karriere machte, waren es zunächst die hängenden Mundwinkel. Doch das fanden viele in der Community beleidigend. Wenn also Gebärdensprachler heute Merkel zeigen wollen, wird Kanzlerinengerecht eine Denkhaltung dargestellt, »Merken« gebärdet. Auch deutet man ihre Frisur an. Ganz so einfach ist es nun aber mit ihren potenziellen Nachfolgern im Kanzleramt nicht.

In Deutschland leben rund 80 000 Gehörlose, 16 Millionen Menschen sollen schwerhörig sein. In manchen Ländern wie den USA gehört es inzwischen zum Standard, dass bei politischen Ereignissen parallel mit Zeichen und Mundbewegungen übersetzt wird. Hierzulande ist die Gebärdensprache langsam auf dem Vor-

marsch - seit Corona werden beispielsweise Ministerauftritte in der Bundespressekonferenz im TV-Sender »Phönix« mit Händen und Mimik gedolmetscht. Im anstehenden Wahlkampf dürfte sich der Trend fortsetzen, hoffen jedenfalls die Betroffenen.

Nun fragt sich die Szene freilich nicht: »Was nun?«, sondern: »Wie nun?« Wie lassen sich die Nachnamen der Kanzlerkandidaten Laschet, Baerbock und Scholz übersetzen? »Momentan gibt es für alle drei Kandidaten noch keinen Konsens und auch keine wirklichen Gebärdensprache«, so Wille Zante vom Deutschen Gehörlosenbund zu unserer Redaktion.

»Baerbock« wörtlich zu übersetzen, erbege in Gebärdensprache keine besonders flüssige Umsetzung. Bei Scholz und Laschet fehlten zudem klare politische oder persönliche Merkmale, da die beiden Namen selbst zu wenig eindeutig seien.

In den nächsten Wochen wird freilich kein Gremium über die Gebärde für die drei Politiker entscheiden. Vielmehr etabliert sich das Handzeichen dann als Standard, das in der Community irgendwann am häufigsten für die Kanzleraspiranten benutzt wird. Die Betroffenen kreieren es sozusagen selbst. »Ich vertraue da auf den offenen und demokratischen Austausch innerhalb der Community«, so Zante. Herauskommen kann auch eine Eigenschaft, die erst im Wahlkampf bei genauerer Beobachtung der Kandidaten sichtbar wird.

Rot und Fisch

Auch in den USA gab es ein ähnliches Problem. So stellte sich beim neuen US-Präsidenten Joe Biden heraus, dass eine Variante identisch war mit einem Handzeichen des Klu Klux Klans. Eine andere Gebärde orientierte sich an Bidens schwarzer Sonnenbrille, war dann aber wohl eine zu oberflächliche

Deutung. Die Gehörlosen-Community in den USA habe sich sehr aktiv damit auseinandergesetzt, berichtet Zante. »Meines Wissens gibt es bislang für Biden noch keine Gebärde, das kann sich aber jederzeit ändern.«

Und wie sieht es bei anderen deutschen Politikern aus? Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth hat etwa einfach »rot« als Namensgebärde, obwohl es von ihrer Parteizugehörigkeit ein Widerspruch ist. Bei Roth überwiege aber die Erkennbarkeit anhand des lautsprachlichen Nachnamens, erläutert Experte Zante. Altkanzler Gerhard Schröder habe unter Bezug auf seine »kipplige« Haltung die Gebärde für »Zweifel«. Sein früherer grüner Kompagnon Joschka Fischer wurde als »Fisch« gezeigt. Stellt sich noch die Frage, warum bei Angela Merkel eigentlich nicht ihre berühmte »Raute« verwendet wurde. Antwort: In der Gebärdensprache kann die Raute auch für »Vagina« stehen.